

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 24

Artikel: Massanzug für die KPdSU
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094395>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz zur Neufassung von Parteiprogramm und Parteistatus in der Sowjetunion

Massanzug für die KPdSU

Auch eine Gegenreformation ist eine Erneuerungsbewegung. Daran muss man denken, wenn Gorbatschow die Partei mit einem neuen Programm und einem neuen Statut (= Parteiverfassung) erneuert. Hier geht Prof. Revesz auf einige spezielle Punkte der neuen Texte ein.

Mitte Oktober hat das Zentralkomitee der KPdSU drei zentrale Dokumente verabschiedet, welche die Absichten der Parteiführung für die nähere Zukunft kundtun, soweit sie der Öffentlichkeit zugänglich sein sollen. Es handelt sich um die Entwürfe zum (überfälligen) neuen Parteiprogramm und zu einem neuen Parteistatut sowie um ein Richtlinienpapier für die Wirtschafts- und Sozialentwicklung zunächst im Jahrfünft 1986 bis 1990 und dann perspektivisch bis zum Jahr 2000.

Ob hier ein «entscheidender Wendepunkt in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft» markiert wird, wie ZK-Sekretär Ligatschow sagte («Prawda», 23. 10. 1985), bleibe dahingestellt, aber zweifellos kommt die Akzentsetzung der Gorbatschow-Ära in der sowjetischen Selbstdarstellung zum Ausdruck und verdient insofern Aufmerksamkeit.

Die Texte sind inhaltlich als definitiv zu betrachten, auch wenn sie als Entwürfe deklariert sind. Die Annahme von Programm und Statut ist formell Sache des Parteikongresses, und bis dahin sind sie von den Parteigremien auf den verschiedenen Stufen zu «diskutieren»; unterbreitete Anregungen können also im kleinen noch berücksichtigt werden.

Gorbatschow selbst stellte das Programm als Kampf für Frieden und Fortschritt vor, aber ausgesprochen im Zusammenhang mit einem erhöhten sowjetischen Engagement in allen (und keineswegs gewaltlosen) Auseinandersetzungen unserer Zeit: «Die progressiven Kräfte sehen im Parteiprogramm den Ausdruck unserer Solidarität mit ihrem Kampf. In der dialektischen Einheit der Vielfalt steht die Welt des realen Sozialismus in einem natürlichen Bünd-

nis mit den nationalen Befreiungsbewegungen und mit allen Aktivitäten gegen Aggression und Reaktion...» (Rede vom 15. Oktober vor dem ZK).

Für die sowjetische Entwicklung betont Gorbatschow als Hauptpunkte die Stärkung des Wirtschaftspotentials und die Erhaltung der «Verteidigungsmacht» auf dem erforderlichen Niveau. Erstmals will man den Zuwachs von Nationaleinkommen und Produktion vollständig durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität sicherstellen; sie werde bis zum Jahr 2000 auf das Zweieinhalbfache ansteigen.

Das Parteiprogramm

Das letzte Parteiprogramm datiert von 1961 und war für die Zeit bis 1980 gedacht. Die Ausarbeitung eines neuen Programms war vor fast fünf Jahren Anfang 1981 vom KPdSU-Kongress beschlossen worden, aber das wurde unter dem kränkelnden Breschnew und seinen betagten Nachfolgern Andropow und Tschernenko nicht verwirklicht. Erst Gorbatschow hat sich der Sache wieder angenommen.

Das internationale Programm heisst Feindver-nichtung

In seinem aussenpolitischen und globalpolitischen Teil ist das KPdSU-Programm auf das Feindbild vom Alternativlager ausgerichtet, das als imperialistisch definiert und als vernichtungswürdig gekennzeichnet wird. Auch für den neuen Führer gilt die Losung «Mein Kampf».

Ausgerufen wird die «internationale Solidarität der kommunistischen und revolutionärdemokratischen Parteien mit der internationalen Arbeiterbewegung und dem nationalen Befreiungskampf».

Zur Situation der kapitalistischen Länder heisst es, der Einfluss des Weltsozialismus habe die Kapitalisten zu Verbesserungen in Entlohnung, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen gezwungen, aber das kapitalistische System sei durch keinerlei Manöver zu retten und bleibe dem Untergang geweiht. «Ein Charakterzug unserer Zeit ist der Aufschwung der demokratischen Massenbewegungen in der nichtsozialistischen Welt (. . .). Sie richten sich objektiv gegen die Politik der reaktionären Kreise des Imperialismus und fließen in den allgemeinen Strom des Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt ein. Der antiimperialistische Kampf gehört zum revolutionären Weltprozess.»

Dem Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus wird deklariertweise die Unterstützung sowohl der Partei als auch der sozialistischen Staatengemeinschaft zugesagt. Demgegenüber gilt das Prinzip der friedlichen Koexistenz nur auf staatlicher Ebene. Es regelt das Verhältnis der Staaten (und dieser allein) untereinander und wird im Parteiprogramm als unabdingbares Mittel der Kriegsverhinderung und der Menschheitsbewahrung vor der Katastrophe geschildert, als Anliegen aller progressiven und friedliebenden Menschen unseres Planeten.

Eine Verpflichtung auch für den Sowjetstaat? Die Partei, die ihn (auch nach offizieller Lesart) führt und kontrolliert, bekennt sich ausdrücklich zur Unterstützung der «nationalen

Befreiungskämpfe», die ihrerseits bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen kriegführenden Parteien sind.

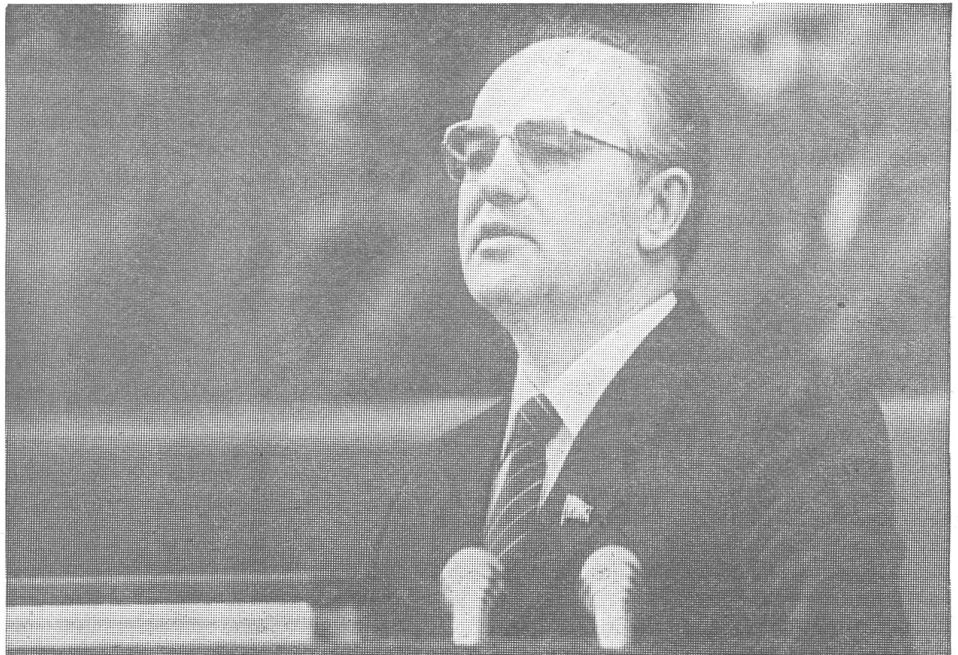
Von bestätigender Wichtigkeit sind im Parteiprogramm die Behandlungsunterschiede gegenüber den verschiedenen Teilen der «kapitalistischen Welt». Der Text spricht von «stabilen Beziehungen zu den USA», gleichzeitig aber von «guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit» mit den westeuropäischen Staaten. Das liegt im Sinne der allerdings auch sonst einsichtigen Strategie, Westeuropa von den USA abzukoppeln und die atlantische Allianz zu spalten.

Mehr Blockdisziplin

Von unmittelbarem Gewicht sind im Parteiprogramm jene Stellen, die sich auf das Verhältnis zu den sozialistischen Bruderstaaten beziehen, denn hier sind die sowjetischen Wünsche natürlich noch ungleich massgeblicher als ihre Wünsche bezüglich Westeuropa.

Hierzu heisst es: «Aus dem Wesen des Sozialismus selbst ergibt sich die objektive Notwendigkeit einer immer stärkeren Annäherung der sozialistischen Länder.» Das ist eine deutliche Absage an den Polyzentrismus, dessen vermehrte Zulassung manche Beobachter als Zeichen eines reformistischen Kurses von Gorbatschow erwartet haben, völlig zu Unrecht. Es ist sogar zu erwarten, dass die Bruderstaaten dem Moskauer Zentrum eher noch stärker untergeordnet werden als in der Breschnew-Ära.

An anderer Stelle formuliert es das Programm so: «Die KPdSU hält es für ihre internationalistische Pflicht, gemeinsam mit den andern Bruderparteien die Einheit der sozialistischen Gemeinschaft zu festigen, ihre Macht und ihren Einfluss zu stärken.»



Gorbatschow: Reformen in welche Richtung?

Sosehr die Sowjetunion die Entamerikanisierung der Nato begrüsst, so wenig denkt sie daran, eine Entsowjetisierung ihres eigenen Lagers zuzulassen; im Gegenteil: dieses soll wieder mehr zum Block werden als zuvor. Dass das die Absicht ist, hatte sich schon diesen Sommer aus mehreren zentralen Äusserungen herauslesen lassen (siehe vorletzte Nummer), über deren Repräsentativität sich immerhin noch halbwegs streiten liess. Das Parteiprogramm tut das seine, um die Zweifel auszuräumen.

Dem entspricht es, dass Gorbatschow im Oktober bei der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages in Bulgarien auf verstärkte Integration im RGW-Rahmen drängte. Insbesondere forderte er «Konzentration der geistigen und materiellen Ressourcen», so dass auch in wirtschaftlicher Beziehung ein Veto gegen osteuropäische Selbständigkeitsregungen ausgesprochen wird.

Hierzu passt im innenpolitischen Teil des Programms die Einheitsdoktrin auch für die verschiedenen Völker der UdSSR selbst.

Innenpolitik: Sowjetvolk statt Völker der Sowjetunion

Diesbezüglich heisst es: «Die Lösung der nationalen Frage ist eine gewaltige Errungenschaft des Sozialismus (...). Eine grosse Rolle spielte der freiwillige Zusammenschluss der freien, gleichberechtigten Völker zu einem multinationalen Einheitsstaat.»

Und an anderer Stelle: «Die nationale Frage, die uns die Vergangenheit hinterlassen hat, wurde in der UdSSR erfolgreich gelöst. Die Partei stellt folgende Hauptaufgaben: (...) Entwicklung der *einheitlichen Kultur des Sowjetvolkes* mit sozialistischem Inhalt, mannigfachen

nationalen Formen und internationalistischem Geist.»

Das ist übrigens keine Neuentdeckung der Ära Gorbatschow, sondern entspricht der gehabten Formel, die zu verschiedenen Zeiten bloss mehr oder weniger stark betont wurde. Jetzt wird sie stark betont. (Dass die 15 Unionsrepubliken souverän seien und ein Sezessionsrecht hätten, steht bloss in der Verfassung: strafrechtlich wird ein Anschlag auf die territoriale Integrität der Sowjetunion geahndet, maximal mit dem Tod.)

Der innenpolitische Teil des Parteiprogramms ist natürlich umfangreich. Ein Beispiel nur aus dem Kapitel «Sozialpolitik». Hier wird jeder Familie bis zum Jahr 2000 ein eigener Wohnraum versprochen. Das gleiche Versprechen hatte das vorhergehende Parteiprogramm gemacht. Für das Jahr 1980. Eine Verspätung um zwei Jahrzehnte kann es wohl mal geben – auf dem zivilen Sektor.

Wirtschaftsstrategie

Was Gorbatschow zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität gesagt hat (siehe weiter vorn), ist aus dem Parteiprogramm zitiert, das im übrigen verspricht, «die Wirtschaft der UdSSR zur leistungsfähigsten der Welt zu machen»; bis jetzt ist sie es in der Tat nicht.

Von realerem Interesse ist hingegen die Prioritätensetzung auf dem Weg zu diesem Ziel. Erforderlich ist hierzu laut Programm «die weitere Entwicklung der Schwerindustrie als der Grundlage unserer wirtschaftlichen Leistungskraft». Somit hat die Schwerindustrie (zu der auch die Kriegsindustrie gehört) weiterhin Vorrang vor Leichtindustrie und Konsumgüterproduktion. Das ist soweit eine sowjetische Kontinuität. Sie widerspricht allerdings der im Westen häufig gehegten Erwartung, dass der «mo-



Geelhaar
für alle
Teppiche.

für sämtliche
Teppichreparaturen.

für jede
Teppichpflege.

Marktgasse 42 Tel. 22 05 66
Thunstrasse 7 Tel. 43 11 44



dernere» (weil jüngere) Gorbatschow die Prioritäten anders setzen würde. Indessen ist seine Modernität nicht in ordnungspolitischen Absagen zu orten, sondern in seiner Suche nach grösserer planwirtschaftlicher Effizienz.

Abgesagt hat Gorbatschow immerhin einer Utopie, deren Aufrechterhaltung freilich die Satire leicht gemacht hätte. Sie hatte den Schlusssatz vom letzten Parteiprogramm gebildet. «Die KPdSU verspricht feierlich: die heute lebende Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben.» Wobei man wissen muss, was das Wort «Kommunismus» entgegen dem falschen westlichen Normalgebrauch wirklich bedeutet, nämlich das, was wir hier (terminologisch überflüssigerweise, aber praktisch notwendigerweise) den «Vollkommunismus» nennen, und das ist jene endzeitliche, unter anderem geld- und polizeilose Ordnung, in welcher alle Menschen geben, was sie können, und kriegen, was sie brauchen. Nichts anderes bedeutet Kommunismus, und nichts anderes hatte man 1961 der damals lebenden Sowjetgeneration versprochen. Es war wirklich besser, dieses Versprechen nicht noch einmal zu machen.

Das Parteistatut

Das Parteiprogramm wurde in der zentralen Presse am 26. Oktober veröffentlicht, das Parteistatut am 2. November.

Mehrere Passagen im Statut entsprechen den Stellen, auf die wir schon beim Parteiprogramm hingewiesen haben. So zum Beispiel zum Motiv Kampfsolidarität (trotz friedlicher Koexistenz): «Die KPdSU trägt zur Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung (die adjektivische und Substantivverbindung haben nicht wir zu verantworten) bei; sie bekundet ihre Solidarität mit den Völkern, die gegen den Imperialismus kämpfen» (... usw.; Einleitung).

Wichtige Ergänzungen gegenüber der bisherigen Fassung zeigen in der Einleitung die Tendenz zum Monolithismus auf: «Unter der Führung der KP verstärkt sich ständig die sozialpolitische und die ideologische Einheit der multinationalen Sowjetgesellschaft.» Auch die sog. Breschnew-Doktrin über die beschränkte Souveränität der Bruderländer (verkündet am 12. 11. 1968 nach der CSSR-Invasion) wird hier

(in vorsichtiger Form) bestätigt: «Die KPdSU (...) trägt aktiv zur Festigung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern und zu ihrem Zusammenschluss bei; sie trägt zur Konsolidierung des sozialistischen Weltsystems bei.» So verpflichtet sich die Partei statutarisch, ein Ausscheren der osteuropäischen Länder unmöglich zu machen und sie stärker ins Sowjetlager einzubinden.

Immunität der Parteimitglieder: aufgehoben oder nicht?

Was das sowjetinterne Parteileben betrifft, fällt unter den Änderungen gegenüber dem Text von 1961 eine ganz besonders auf. Sie betrifft die strafrechtliche Immunität der Parteimitglieder.

Nach dem bisherigen Text war sie fraglos gegeben. Artikel 12 im Statut von 1961: «Wenn sich ein Parteimitglied strafrechtlich zu ahnende Vergehen zuschulden kommen liess, wird es aus der Partei ausgeschlossen und nach dem Gesetz zur Verantwortung gezogen.»

Das bedeutete, dass Staatsanwaltschaft und Gerichte nichts gegen ein Parteimitglied unternehmen konnten, solange es nicht von der Partei ausgeschlossen war, und das Parteiverfah-

ren war jeglicher sogar formellen öffentlichen Kontrolle entzogen.

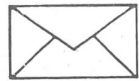
Demgegenüber heisst es im entsprechenden Artikel 12 des neuen Textes: «Für die Verletzung sowjetischer Gesetze trägt ein Parteimitglied eine doppelte Verantwortung: vor dem Staat (zuerst aufgeführt) und vor der Partei. Personen, die sich strafbare Vergehen zuschulden kommen lassen, werden aus der Partei ausgeschlossen.»

Ob die strafrechtliche Immunität der Parteimitglieder mit dieser Formulierung aufgehoben oder bestätigt wird, ist völlig unklar. Sicher hat es das Bedürfnis nach einer Neuformulierung gegeben. Ob auch eine Neuregelung gemeint ist, wird sich dann weisen, wenn ein Mitglied wegen einer schon erfolgten gerichtlichen Aburteilung aus der Partei ausgeschlossen wird. Wenn der Fall nicht eintritt, gilt das alte Privileg weiterhin, und es wäre im Statut bloss durch eine mehrdeutige Formulierung getarnt.

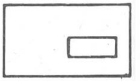
Die neue Fassung sieht in Artikel 25 auch die Möglichkeit vor, Mitglieder von Führungsgremien aller Stufen aus ihren Parteiämtern auszuschliessen, wenn sie ihrer «Würde und Ehre» Abbruch tun. Das ist soweit Rhetorik; man konnte nicht länger genehme Leute schon immer absetzen.



Rivoli -COUVERTS sind günstiger!



Fragen Sie Ihre Druckerei oder Rivoli-COUVERTS 4411 Seltisberg BL



STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

City Bank-Anlageplus 4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie! Mehr Zins - garantierter Zins und Sicherheit Bis 31. Dez. 1985

CITY BANK Talstrasse 58, 8021 Zürich, Tel. 01/211 76 11
- die Bank mit dem Anlageplus
Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
- Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
- Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

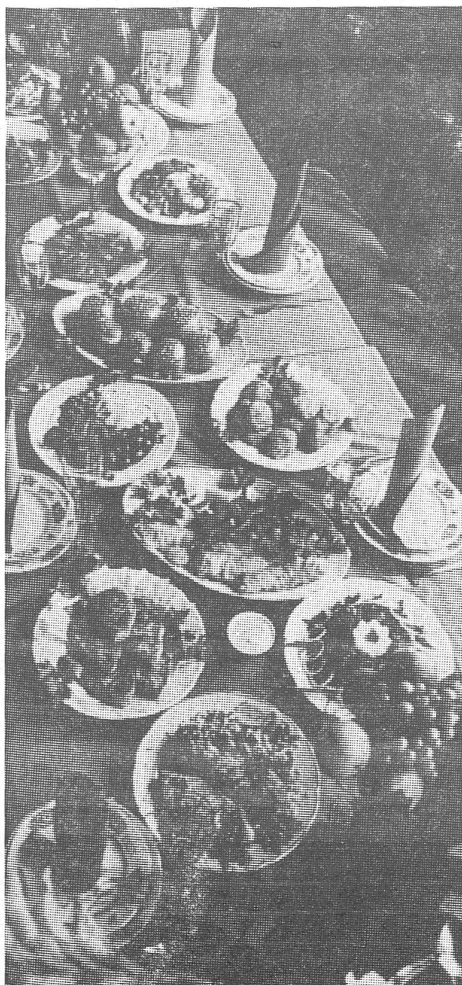
Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

Eine deutliche Absichtsbekundung enthält der neue Artikel 60, der dem Prinzip der Parteiführung und Parteikontrolle (natürlich schon bestehend) ausdrücklich «erhöhte Bedeutung» und «stärkere Ausdehnung» zuerkennt.

Der Perspektivplan

Am 9. November veröffentlichte die «Prawda» ein Dokument mit der Bezeichnung «Grundrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR 1986–1990 und für die Periode bis zum Jahr 2000».

Ein gleichzeitiger Redaktionsartikel nennt diesen Entwurf die «Wirtschaftsstrategie der Partei». Der erstgenannte Zeitraum ist identisch mit der (staatlichen) Fünfjahresplanperiode, der zweite Zeitraum erweitert die Vision vom technologischen und sonstigen Fortschritt. Was die Wirtschaftsführung angeht, erhalten die Betriebe vermehrte Handlungsfreiheit im Kleinen, während andererseits die zentralen Befugnisse im Grossen erweitert und verstärkt werden sollen. Mehr Disziplin bei geschmeidigerer Handhabung. ■



Zukunftskantinenessen in der Ausstellung.

AIDS, russisch SPID

Die sowjetische Presse enthält indirekte Hinweise auf die Verbreitung von AIDS in der Sowjetunion.

Am 30. Oktober veröffentlichte die «Literaturnaja gaseta» einen ganzseitigen Artikel unter dem Titel: «Panik im Westen oder was sich hinter der Sensation um AIDS verbirgt».

Wenn dabei «Panik» beinahe ironisch klingt, ist «Sensation» in diesem Fall einfach dumm, denn die besorgten Stimmen von Fachleuten im Westen und Zahlenangaben über die Opfer der heimtückischen Krankheit können nicht als Sensation bezeichnet werden. Der Titel ist aber noch nicht das Dümme an diesem Artikel.

Der Verfasser versucht im klassischen Stil der Desinformation mit politischer Absicht, den Ursprung von AIDS durch geheime amerikanische Experimente im Rahmen der Entwicklung biologischer Waffen zu erklären. Als «Beweise» dienen angebliche Versuche mit neuen Virusarten in den amerikanischen Militärlaboratorien sowie die «Tatsache», dass AIDS erstmals in den USA festgestellt und von dort in andere Länder eingeschleppt worden sei. (In Wirklichkeit wurde die Krankheit aus Afrika in die USA gebracht.)

Man könnte diese Schauermärchen als normalen Versuch der Sowjetpropaganda bezeichnen, tragische Geschehnisse zu politischen Zwecken zu missbrauchen.

Den sowjetischen Propagandisten und Spezialisten in der Hasserziehung der Sowjetbürger ist aber der peinliche Fehler unterlaufen, die vorhergehende sowjetische Berichterstattung zu diesem Thema vergessen zu haben. Drei Wochen zuvor, nämlich am 6. Oktober, veröffentlichte die Gewerkschaftszeitung «Trud» ebenfalls einen Artikel über AIDS. Bemerkenswert an diesem Artikel war folgendes:

– Neben der Erklärung der im Westen gebrauchten Abkürzung AIDS (Acquired Immune Deficiency Syndrome) wurde auch die russische Abkürzung SPID erklärt (Sindrom priobritennogo immunnogo defizita), und der Verlauf der Krankheit wurde genauestens beschrieben.

– Ein Zusammenhang mit der Entwicklung amerikanischer biologischer Waffen wurde nicht erwähnt.

– Es wurde auffallend oft betont, dass diese Krankheit soziale Ursachen hat (Drogensucht, sexuelle Perversionen) und deshalb zwar in 40 Ländern registriert worden sei, «bei uns aber nicht vorkommt».

– Gleichzeitig wurde aber festgestellt, dass in der UdSSR die zur Kontrolle des Immunsystems benötigten Einrichtungen vorhanden seien und die sowjetischen Mediziner und Gesundheitsbehörden bereit seien, mit «Spezialisten anderer Länder» auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten.

– Sehr vielsagend war die Bemerkung, dass angesichts der Schwere der Erkrankung die «Unmöglichkeit einer vollständigen Isolierung in der Welt» von grösster Bedeutung sei.

– Der Artikel beruhte auf Gesprächen mit Professor R. Chaitow, Stellvertretendem Direktor des Immunologieinstituts des Gesundheitsministeriums, und mit Akademiemitglied P. Burgassow, Stellvertretendem Gesundheitsminister und Oberhygieniker der Sowjetunion.

Die genaue Beschreibung des Krankheitsverlaufs, das Vorhandensein entsprechender Einrichtungen, der Hinweis auf die Unmöglichkeit, ein «cordon sanitaire» zu errichten, und vor allem das «Gewicht» der interviewten Personen, all das spricht dafür, dass im Zusammenhang mit AIDS-SPID in der Sowjetunion ernsthafte Besorgnis festzustellen ist.

Es ist sogar anzunehmen, dass im Zusammenhang mit der grossen Zahl sowjetischer Berater, Techniker und Militärinstructoren in den afrikanischen Ländern, aus welchen die AIDS-Infektion ursprünglich stammt, sich diese Krankheit in der UdSSR bereits verbreitet hat.

Gleichzeitig desavouiert aber dieser seriöse und informative Artikel in der Zeitung «Trud» den eingangs erwähnten Propagandaerguss der «Literaturnaja gaseta».

Georg Bruderer